Hilde Walter, „Die Misere des neuen Mittelstandes“ (1929)

Kurzbeschreibung

Hilde Walter (1895–1976) war bis 1918 als Sozialarbeiterin tätig und arbeitete nach dem Ersten Weltkrieg als Journalistin in Berlin. In diesem Artikel für *Die Weltbühne* beschreibt sie die soziale Lage der Angestellten und Beamten, deren Anzahl in der Weimarer Republik stetig stieg. Hierbei deckt sie die Diskrepanz zwischen der politischen Idealvorstellung dieser Gehaltsempfänger als „neuer Mittelschicht“ und deren bedenklicher wirtschaftlicher Realität auf.

Quelle

Die Misere des ‚neuen Mittelstandes‘

Nach der Berufszählung von 1925 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland gegenüber dem Jahre 1907 um 28,5 Prozent erhöht, sie ist doppelt so stark gewachsen wie die Bevölkerung, die in der gleichen Zeit nur um 13,5 Prozent zugenommen hat. Die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für diese Verschiebung sind bekannt, dagegen ist es wichtig, sich darüber klar zu werden, welche Berufe an der absoluten und prozentualen Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung am stärksten beteiligt waren. Der Allgemeine freie Angestelltenbund veröffentlichte zu seinem Kongreß im Herbst vorigen Jahres zwei Bücher, die für diese Fragen von außerordentlicher Bedeutung sind: Ein Geschichts- und Handbuch der Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik, „Die Angestelltenbewegung 1925—1928“ und eine Broschüre mit einer Fülle interessanten Zahlenmaterials, „Die Angestellten in der Wirtschaft“.

Aus der im Statistischen Reichsamt bearbeiteten Berufszählung hätte man ohne die schwierigen Sondererhebungen des „Afa“-Bundes die soziale Schichtung der Berufstätigen nicht genau genug erkennen können, da die amtliche Statistik Angestellte und Beamte zusammenfaßt. Der Afa-Bund hat die Aussonderung der Angestellten mit Hilfe und Zustimmung der amtlichen Stellen vorgenommen, so daß man das in den beiden Büchern veröffentlichte Zahlenmaterial durchaus als die gegenwärtig beste Unterlage für diese Fragen betrachten kann. Selbstverständlich wird das Hauptkontingent der Erwerbstätigen von der Arbeiterschaft gestellt. Zählt man die Hausangestellten dazu, so umfaßt die Arbeiterschaft nach der Zählung von 1927 49,2 Prozent, also ziemlich genau die Hälfte, während die Angestellten (ausschließlich der Beamten) nur 11,2 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung darstellen. Diese Prozentverhältnisse beziehen sich, wie gesagt, auf die gesamte erwerbstätige Bevölkerung überhaupt, also einschließlich der Unternehmer, der Selbständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen. Das Bild verschiebt sich stark, wenn man die Verteilung nur innerhalb der Arbeitnehmerberufe betrachtet. Im Jahre 1925 stellten die Arbeiter einschließlich der Hausgewerbetreibenden und Hausangestellten 76 Prozent, die Angestellten ausschließlich der leitenden 17 Prozent, die Beamten ausschließlich der leitenden 7 Prozent der gesamten Arbeitnehmerschaft. Die soziale Gliederung der Erwerbstätigen wurde auch nach den Zählungsjahren 1892, 1895, 1907 und 1925 festgestellt, und die Entwicklungslinie zeigt ein stetiges Wachsen der Gruppe Angestellte und Beamte auf Kosten der Selbständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen einerseits, und der Gruppe Arbeiter und Hausangestellte andrerseits. Allein für die Zeitspanne 1907 bis 1925 ist das Heer der Angestellten (ausschließlich der Beamten) auf mehr als das Doppelte angewachsen, während die Zahl der Arbeiter im gleichen Zeitraum nur um 22 Prozent gestiegen ist. Die Ursache dieses Vordringens der Angestellten ist nicht nur das Eintreten bisher berufsfremder Elemente in den Arbeitsprozeß, die häufig grade ins Angestelltenverhältnis kommen; es sind auch Strukturwandlungen der Wirtschaft selbst,

gewisse Formen der Rationalisierung und die in allen Ländern wachsende Vergrößerung des Verteilungsapparates, die diese Entwicklung hervorgerufen haben. Gewerkschaftler nennen das häufig „eine Umschichtung des Proletariats von großer sozialer Bedeutung“, während die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen mit besonderer Vorliebe den „neuen Mittelstand“ proklamieren. Leider sind die Apostel des neuen Mittelstandes nicht in der Lage, den Trägern dieses verlockenden Titels auch nur einen Bruchteil der wirtschaftlichen Basis zu liefern, die seinerzeit als unentbehrliches Merkmal des alten Mittelstandes galt, der zahlenmäßig sehr beträchtlich war und jetzt zum größten Teil untergegangen ist.

Wie ein uraltes Märchen wirkt heute eine Aufstellung, die Gustav Schmoller im Jahre 1897 auf dem achten evangelisch-sozialen Kongreß in Leipzig für die soziale Struktur des deutschen Volkes (damals 54 Millionen) gegeben hat:

0,25 Millionen Familien: Aristokratie und Vermögende

2,75 Millionen Familien: Oberer Mittelstand

3,75 Millionen Familien: Unterer Mittelstand

5,25 Millionen Familien: Lohnarbeiter

Zu jener Zeit galt auch für den „untern Mittelstand“ als wichtigstes Merkmal die grundsätzlich gesicherte Existenz, die Kombination von Kapitalbesitz und Arbeitseinkommen. Die Bildungs- oder Kulturfrage kam erst in zweiter oder dritter Linie und spielte in der Abgrenzung nach unten, bei dem Trennungsstrich gegen das ungesicherte Leben des „Nur-Lohnempfängers“, kaum eine Rolle. Wie anders sehen heute die Lebensverhältnisse des „Neuen Mittelstandes“, der von zwei Seiten umworbenen 3½ Millionen Angestellten aus! Über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der Angestellten gibt es kaum zuverlässige Unterlagen, da eine Statistik der wirklich gezahlten Gehälter fehlt. Anhaltspunkte bieten jedoch andre Feststellungen: Von den Mitgliedern der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zahlten zwei Drittel der Versicherten Beiträge in einer Gehaltsklasse unter 200 Mark. Das Institut für Konjunkturforschung errechnet ein durchschnittliches Arbeitseinkommen der Angestellten von 159,50 Mark im Januar 1927 und 170,96 Mark im Juni 1927. Da bei dieser Durchschnittsberechnung auch die hohen Einkommen mit berücksichtigt sind, kann man sich vorstellen, daß eine große Anzahl von Gehaltsempfängern mit weit weniger als diesem Durchschnittssatz auskommen muß. Von diesen Gehältern gehen aber noch 18,70 Mark beziehungsweise 20,40 Mark für Steuern und Sozialversicherungen ab; für Berlin und einige andre Städte muß man in den meisten Fällen noch monatlich 10 Mark Fahrgeld zur Arbeitsstelle in Abzug bringen. Dann bleibt als Durchschnittseinkommen (immer noch einschließlich der größten) 130,80 Mark beziehungsweise 140,50 Mark im Monat! Es erübrigt sich wohl, die heutige Kaufkraft dieses Betrages mit der von 1913 zu vergleichen, um die Trostlosigkeit eines solchen Einkommens zu erhärten. Alte sehr gewiegte Kapitalisten erzählen uns gern von der außerordentlichen Verbesserung der Lebenssituation des Angestellten durch den Achtstundentag; sie vergessen dabei zu erwähnen, daß die ungeheure Intensivierung und Mechanisierung der Angestelltenarbeit einen doppelten Kräfteverbrauch zur Folge hat, und daß niemand mehr gern einen Angestellten mit mehr als vierzig Jahren, ausgesprochene Vertrauensposten vielleicht ausgenommen, einstellen möchte. Die Not der erwerbslos gewordenen Angestellten wird keineswegs durch die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge gedeckt. Im April 1928 zählten die amtlichen Veröffentlichungen insgesamt 183 371 arbeitsuchende Angestellte; davon erhielten rund 62 000 Versicherungsleistungen und rund 31 500 bekamen Krisenfürsorgeleistungen, so daß damals also 90 000 arbeitslose Angestellte ohne Erwerbslosenunterstützung waren und bestenfalls kleine Beträge von der Armenfürsorge erhielten. Die Krisenunterstützungsempfänger, also ein Drittel aller Unterstützten, waren schon über ein halbes Jahr arbeitslos, bezogen also über ein halbes Jahr lang teilweise nur ungefähr ein Drittel ihres Arbeitseinkommens.

So sehen die Existenzbedingungen einer sozialen Schicht aus, die in den Wunschträumen bürgerlicher Ideologen zum Träger kleinkapitalistischer Lebensformen bestimmt ist. Man sollte annehmen, daß den zunächst Beteiligten die starke Ähnlichkeit der eignen Situation mit der des Proletariers doch zu denken geben und daß das Vorbild des organisierten Arbeiters zur Nachahmung anregen müßte. Offenbar hat sich diese Erkenntnis noch nicht bei der Mehrzahl der Angestellten durchgesetzt, denn von insgesamt 3 500 000 Angestellten sind nur 1 300 000 in den Berufsverbänden aller Richtungen zusammengeschlossen; die überwiegende Mehrheit von 2 200 000 Menschen lebt ohne jegliche Anlehnung an eine Gemeinschaft, die ihre Interessen vertreten könnte.

Quelle: Hilde Walter, „Die Misere des ‚neuen Mittelstandes'", *Die Weltbühne* 25, Nr. 4 (22. Januar 1929)*;* nachgedruckt in *Die Weltbühne – Vollständiger Nachdruck der Jahrgänge 1918–1933. 25. Jahrgang 1929.* Königstein/Ts.: Athenäum Verlag, 1978, S. 130–32.

Empfohlene Zitation: Hilde Walter, „Die Misere des neuen Mittelstandes" (1929), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <https://germanhistorydocs.org/de/die-weimarer-republik-1918-1933/ghdi:document-3843> [11.09.2026].